

Presseinformation

6. Juli 2022

HALBJAHRESBILANZ DER CHEMISCH-PHARMAZEUTISCHEN INDUSTRIE 2022

Standort Deutschland bekommt zunehmend Wettbewerbsproblem

- Preise für Rohstoffe und Energie im ersten Halbjahr sprunghaft gestiegen
- Produktion wächst kaum (+0,5 %); ohne Pharmaanteil Rückgang um 3 %
- Prognose für die Produktion im Gesamtjahr 2022: Menge sinkt um 1,5 %
- Gasversorgung: gemeinsam Lösungen erarbeiten
- Priorisierung und Neubewertung der politischen Agenda in der EU nötig
- Genehmigungsverfahren auch für Industrieprojekte beschleunigen

Die chemisch-pharmazeutische Industrie hatte im ersten Halbjahr zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen: Lange Lieferzeiten und hohe Frachtkosten sowie Engpässe bei Vorleistungen und Materialien behinderten die Geschäftstätigkeit der Unternehmen. Hinzu kamen sprunghaft steigende Preise für Rohstoffe und Energie, vor allem für Erdgas. In diesem schwierigen Umfeld konnte die Branche ihre Produktion mit 0,5 Prozent nur wenig ausweiten, wie aus der Bilanz des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) für die ersten sechs Monate hervorgeht. Ohne Pharma sank die Produktion sogar um 3 Prozent. Die steigenden Produktionskosten konnten zum Teil an die Kunden weitergegeben werden. Durch die Entwicklung der Erzeugerpreise (+21,5 %) legte der Branchenumsatz um 22 Prozent auf 130 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr zu.

Das Umsatzplus überdeckt die wirkliche wirtschaftliche Lage in Deutschlands drittgrößtem Industriezweig: Die Verkaufsmengen im klassischen Chemiegeschäft sind rückläufig, der Auftragsbestand ist weitgehend abgebaut und die Kapazitätsauslastung der Anlagen ist auf 80 Prozent gesunken. Gleichzeitig geraten die Gewinnmargen vieler Unternehmen zunehmend unter Druck, da die Kosten für Rohstoffe und Energie von Januar bis Juni im Schnitt um mehr als ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind. Bei einem beträchtlichen Anteil der Unternehmen – über 20 Prozent – lag der Anstieg sogar bei mehr als 50 Prozent. Das hat der VCI durch eine für die Branche repräsentative Mitgliederumfrage ermittelt. Gleichzeitig wird es für die

Unternehmen immer schwieriger, höhere Kosten durch Preisaufschläge an die Kunden weiterzugeben. Über 50 Prozent konnten nur weniger als die Hälfte des Kostenanstiegs überwälzen. Dies wirkte sich in Verbindung mit dem rückläufigen Verkaufsmengen negativ auf die Ertragslage der Unternehmen aus. Rund 70 Prozent der Unternehmen berichten über einen Gewinnrückgang, davon sind einige bereits in die Verlustzone geraten.

Fast alle **Geschäftsbereiche** der Branche mussten im ersten Halbjahr 2022 Produktionseinbußen hinnehmen. Besonders schwer traf es das Segment Fein- und Spezialchemie mit einem Rückgang von 9 Prozent. Die Hersteller von anorganischen und organischen Grundstoffen sowie von Konsumchemikalien mussten ihre Produktion nur wenig drosseln (-0,5 %). Allein die Sparte Polymere behauptete sich im ersten Halbjahr mit einem Zuwachs von 3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Herstellung von Pharmazeutika erreichte dank einer coronabedingten Sonderkonjunktur ein Plus von 8,5 Prozent.

Ausblick und Prognose

Auch für die zweite Jahreshälfte erwartet der VCI einen hohen Ertragsdruck für die Branche: „Eine spürbare Entspannung bei den Energie- und Rohstoffkosten sehen wir derzeit nicht. Erdgas dürfte auch weiter deutlich teurer sein als in anderen Regionen der Welt. Vor diesem Hintergrund bekommt der Standort Deutschland zunehmend ein Wettbewerbsproblem – nicht nur in den energieintensiven Sektoren“, sagte VCI-Präsident Christian Kullmann. Der Verband geht jetzt für das Gesamtjahr 2022 – bei preisintensiver, aber ausreichender Energie- und Rohstoffversorgung – von einem Rückgang der Produktion der Branche von 1,5 Prozent aus. Für das reine Chemiegeschäft rechnet er sogar mit 4 Prozent weniger Menge. Viel hänge aber von den industriepolitischen Weichenstellungen der kommenden Monate in Deutschland und Europa ab, betonte Kullmann.

Gasversorgung: Gemeinsam Lösungen erarbeiten

Im Austausch mit der Bundesregierung und der Bundesnetzagentur bereitet sich die Branche auf verschiedene Szenarien der Drosselung der russischen Gaslieferungen vor. „Von der Vernunft getragen und in einem konstruktiven Sinne suchen wir gemeinsam nach Lösungen“, beschrieb Kullmann den Charakter der Gespräche. Pragmatisches Handeln verkörpere auch die Verabschiedung der Gesetze zur Reduktion des Gasverbrauchs und der Bereithaltung von Ersatzkraftwerken in dieser Woche. Kullmann: „Keiner will mehr Kohlemeiler. Aber in der jetzigen Lage helfen sie uns, vorübergehend mit der Gas-Mangellage umgehen zu können.“ Die Branche sei der Bundesregierung

für die Zusagen dankbar, alle zur Verfügung stehenden Kohlekraftwerke wieder ans Netz nehmen zu dürfen.

Priorisierung und Neubewertung der politischen Agenda der EU

Diesen politischen Pragmatismus vermisst der VCI in Brüssel. Aus seiner Sicht muss die Balance zwischen Umwelt- und Klimaagenda und dem Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit neu justiert werden. Vielen Beamten in der Kommission sei der Bezug zur Realität in den Betrieben und den Märkten weitgehend verloren gegangen, so Kullmann. Auf EU-Ebene sind derzeit rund 150 Regulierungen mit oft milliardenschwerer Wirkung auf die Industrie in Planung oder Ausarbeitung. „Wir fordern eine klare Priorisierung der Gesetzesvorhaben, die Europa jetzt wirklich braucht. Vor allem unser Mittelstand kommt mit dem Brüsseler Tsunami von Vorschriften einfach nicht mehr mit“, kritisierte er. Die Regulierungswelle sei weder für die Mitgliedstaaten noch für die Unternehmen konstruktiv zu begleiten. „Lasst uns wichtige Regulierung gemeinsam vorantreiben – und den ganzen Rest aufsparen für ruhige Zeiten“, appellierte der VCI-Präsident an die Institutionen der EU.

Ähnliches gelte für den geplanten CO₂-Grenzausgleich, für den sich das EU-Parlament ausgesprochen hat. Diese Maßnahme, so der VCI, funktioniere aber für die Branche als Alternative zu kostenlosen Zertifikaten nicht. Vor allem für den Umgang mit Exporten sei keine Lösung erkennbar und eine WTO-konforme Ausgestaltung „stehe in den Sternen“. In den Verhandlungen zwischen Rat und Parlament müssten diese Punkte dringend geklärt werden. Erfolg versprechender sei es, wie jüngst von den G7 auf dem Gipfel in Elmau angekündigt, Initiativen für den globalen Klimaschutz über einen „Klimaclub“ voranzutreiben, betonte Kullmann. „Die Zukunft gehört nicht dem, der sich abschottet, sondern dem, der Partner für seine Ideen gewinnt.“

Genehmigungsverfahren auch für Industrieprojekte beschleunigen

Der VCI plädiert dafür, das Prinzip „erst bauen und später genehmigen“ nicht nur für die dringend benötigten LNG-Terminals zur Anlandung und Einspeisung von Flüssiggas anzuwenden, sondern auch auf die Zulassung von Industrieprojekten auszuweiten, um die Transformation der Wirtschaft zu beschleunigen und den Standort attraktiver zu machen. Denn die Zahl der ausländischen Investitionsprojekte sinkt seit 2017 spürbar. Im Kern wegen hoher Energiekosten, großer bürokratischer Hürden und vor allem wegen der langatmigen Genehmigungen, wie Analysen von Ernst & Young aktuell belegen.

Daher fordert der VCI ein Gesetz zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, das auch die Zulassung von Industrieanlagen

miteinschließt. Denkverbote in der Politik könne man sich in der derzeitigen Situation nicht leisten. Entwürfe für ein solches Gesetz liegen in Berlin längst in der Schublade. Doch die Verabschiedung des Bund-Länder-Pakts zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren lässt auf sich warten. „Die Chance, zeitnah Maßnahmen mit bundesweiter Wirkung zu erlassen, ist gerade auf der Konferenz von Bund und Ländern vertan worden. Das ist ein folgenschwerer Fehler“, stellte Kullmann fest.

Der VCI hat Mitte Februar ein Konzept vorgelegt, wie die Planungs- und Genehmigungsverfahren überall in Deutschland verkürzt werden können, ohne dass darunter Sorgfalt und Sicherheit leiden. Rund 1.500 Verfahren zu Industrieanlagen auf Basis des Bundesimmissionsschutzgesetzes werden etwa pro Jahr in Deutschland abgewickelt. Solche Verfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung und Öffentlichkeitsbeteiligung dauern bis zur Genehmigung derzeit in der Regel fünf bis acht Jahre.

Logistikprobleme auf der Schiene spitzen sich zu

Der Schienenverkehr ist derzeit extrem belastet. Das spürt die Branche bei der Belieferung mit Rohstoffen und Gütern. Der VCI warnte vor zusätzlichen Verschlechterungen durch anstehende Baumaßnahmen, die zu Rückstau, zur Überlastung von Knotenpunkten und zu Verzögerungen führen. Diese Einschränkungen, sagte Kullmann, stellten eine hochgradige Gefährdung für die Standorte der Branche dar. „Richtig ist, dass das Schienennetz ertüchtigt wird. Aber bitte nicht überall gleichzeitig, so dass keine Züge mehr unterwegs sein können.“ Als „Lösung“ hat die DB Cargo der Branche nahegelegt, 20 Prozent ihrer Transporte von der Schiene auf den Lkw zu verlagern, obwohl die Verkehrsdichte auf der Straße ebenfalls hoch ist und zudem Lkw-Fahrer fehlen. Stattdessen fordert der VCI, dass die Bauarbeiten an Parallel-Trassen entzerrt und der Dialog mit der Kundengruppe Industrie optimiert werden muss.

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) vertritt die Interessen von rund 1.900 Unternehmen aus der chemisch-pharmazeutischen Industrie und chemienaher Wirtschaftszweige gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. 2021 setzten die Mitgliedsunternehmen des VCI rund 220 Milliarden Euro um und beschäftigten über 530.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Kontakt:

VCI-Pressestelle, Telefon: 069 2556-1496, E-Mail: presse@vci.de
twitter.com/chemieverband